

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Donnerstag, 9. Juni 1927.

Nr. 133.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich ... Ks 16.- vierteljährlich ... 48.- halbjährig ... 96.- ganzjährig ... 192.-

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich (rüd)

Die Resolution des Deutschen Juristentages.

Der tschechoslowakische Schulminister Dr. Godza, dem als Hauptaufgabe zugefallen zu sein scheint, im Auslande für die tschechisch-deutsche Bürgerregierung eine mit den Tatsachen in schreiendem Widerspruch stehende Propaganda zu betreiben, hat im Gespräch mit einem Redakteur der „Neuen Freien Presse“ die Dinge bei uns wieder einmal so dargestellt, als wäre die Lösung des nationalen Minoritätenproblems die dringendste Sorge der Regierungsmehrheit, und als würde die Koalitionsmehrheit mit Volldampf an dieser Lösung arbeiten. Wie Godza richtig voraussah, kann man dem unwissenden Weltblatt des Herrn Benedikt alles aufschwätzen, und so läßt er dieses erzählen, daß auch die Verwaltungsreform diesem Zwecke diene und eigentlich die Voraussetzung sei, um den kulturellen Forderungen der nationalen Minoritäten im Staate Rechnung tragen zu können. Er hat auch mit Genugtuung festgestellt, daß sich die tschechischen und deutschen Regierungsparteien in den letzten Tagen über die Verwaltungsreform geeinigt haben. Daß diese „Einigung“ in der Unterwerfung der deutschen Regierungsparteien unter das Diktat der tschechischen Machthaber besteht, die in den monatelangen Zwischenverhandlungen in keinem einzigen wesentlichen Punkte den Forderungen der deutschen Regierungsparteien — von jenen der Opposition gar nicht zu reden — nachgegeben haben, hat Dr. Godza wohlweislich verschwiegen.

Fast zur gleichen Stunde, da Herr Godza die „Neue Freie Presse“ beschwieg, und diese ihm dumm-gläubig auf seine Fälschungen hereinfiel, hat eine bedeutsame Körperschaft über die von ihm gerühmte Verwaltungsreform ein in seiner Sachlichkeit und Ruhe vernichtendes Urteil gefällt und diese Körperschaft hat unter dem Vorsitz eines anderen Ministers des tschechoslowakischen Staates, des deutsch-christlich-sozialen Justizministers Dr. Mahr-Harting, getagt! Die von der Ständigen Vertretung des Deutschen Juristentages beschlossene und der Schlußversammlung des Juristentages bekannt gegebene Resolution, die den Windheteleien Godzas ein jähes Ende bereite, und die der „Neuen Freien Presse“ lagen mußte, von was für einem Wahrheitsfanatiker sie sich über die Verhältnisse in der Tschechoslowakischen Republik informieren läßt, konnte nicht zu gelegenerer Zeit kommen. Denn eben jetzt, da die Deutschbürgerlichen, deren Heldenzustalter der Aufschwung gegen die Svehla-Cernyische Prügels- und Drosselungsreform nicht lange dauerte, sich zu ihrem zweiten großen Verrat aufschien und da das Ergebnis ihrer Raketeien in der Koalition sich als so armselig erweist, daß der Entwurf fast ungeschmälert seine Gefährlichkeit behält, ist die Beurteilung der Grundzüge der Verwaltungsreform durch den Juristentag von hohem Werte. Man kann sicher damit rechnen, daß die deutschbürgerlichen Parteien, die sich aufs neue durch ihre Feigheit und Feilheit mit neuer schwerer Schuld beladen haben, in der nächsten Zeit sich bemühen werden, der Bevölkerung einzureden, daß die vorgenommenen Änderungen wichtige Erfolge sind, daher kommt das Urteil und kommen die vom Deutschen Juristentag, also von einer überparteilichen Tagung, aufgestellten Grundzüge, wie eine Verwaltungsreform aussehend mußte, um zu dem alten Unrecht nicht neues ungeheuerliches Unrecht gegen die demokratischen Grundrechte hinzuzufügen, gerade zeitgerecht.

Die Vorlage über die Organisation der politischen Verwaltung erfüllt die vorstehenden Forderungen nicht, so sagt die Resolution des Deutschen Juristentages nach Aufzählung dieser Forderungen ihr Urteil zusammen. Aber die Vorlage entspricht nicht einmal und nicht im entferntesten — auch nicht in der neuen Form, die ihr die Regierungsmehrheit zu geben gedenkt! — dem, was die deutsch-

Nichts erreicht!

Die Deutschbürgerlichen konnten bezüglich der Verwaltungsreform nicht ein wesentliches Zugeständnis erzielen. Feststellungen des Gen. Dr. Czech im Verfassungsausschuß.

Prag, 8. Juni. Der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses lagen endlich die Abänderungsanträge zur Verwaltungsreform vor, die die Koalition in monatelangen Verhandlungen vereinbart hatte und deren Veröffentlichung den deutschen Regierungsparteien zuliebe so lange verzögert worden war.

Genosse Dr. Czech konnte in einer wirkungsvollen Rede feststellen, daß aus der ursprünglichen Vorlage gerade nur die allergrößten Absurditäten beseitigt wurden, daß sich aber an dem reaktionären Grundcharakter der Vorlage, die namentlich für die Minderheiten geradezu ruiniös ist, nichts geändert hat. Namentlich die von den deutschen Regierungsparteien seinerzeit unter dem Druck unserer Protestaktion beschlossenen Mindestforderungen, von deren Erfüllung sie ihre Stellung zu der Genosse Dr. Czech stellte, von den tschechischen Koalitionsparteien glatt zurückerworfen worden; nach monatelangen Verhandlungen lehren die Unterhändler der deutschen Regierungsparteien mit leeren Händen zurück!

Wir geben die Rede des Genossen Dr. Czech nachfolgend im Auszug wieder:

Die durch die Abänderung der ursprünglichen Vorlage herbeigeführte neue Situation erscheint naturgemäß eine neuerliche Zielsetzung unserer Partei. Allerdings ist in diesem Augenblick eine erschoßende Stellungnahme noch unmöglich, denn die Wahrheit hat sich erst im allerletzten Augenblick bei Beginn der heutigen Sitzung zur Ausbändigung des Wortlauts der Abänderungen bestimmen lassen. Also müssen wir uns auf die bloße Erörterung der mündlichen Referentendarlegungen beschränken und uns das letzte Wort bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, in dem wir den neuen Entwurf in seiner letzten juristischen Formulierung überprüft haben werden.

Und nun zur Regierungsvorlage in ihrer neuen Gestalt. Kurz und bündig läßt sich das Urteil über sie dahin zusammenfassen, daß auch sie ebenso wie die erste Vorlage mit aller Entschiedenheit abgelehnt und auf das schärfste bekämpft werden muß. Denn sie bedeutet sowohl in ihrem strafrechtlichen, als auch im verfassungsmäßig und verwaltungsrechtlichen Teile ein schweres Attentat auf die Gesamtbevölkerung des Staates, in verstärkter Weise auf die Minderheiten, ganz besonders aber auf die Arbeiterklasse, für die sie in ihrem polizeistrafrechtlichen Teile ein neues Sozialistengesetz in sich birgt.

Es ist wohl wahr, daß im neuen Entwurf gewisse Ungehörlichkeiten verschwunden sind, aber ich frage, ob es denn in der gesamten Öffentlichkeit irgend jemanden gegeben hat, der auch nur einen Augenblick daran denken konnte, daß all die Ungehörlichkeiten und Absurditäten, die die ursprüngliche Vorlage enthielt, auch nur der zahmsten Kritik, geschweige denn dem elementaren Aufsturm der freiheitlichen Öffentlichkeit standhalten können.

Konnten die Verfasser der Vorlage, konnte die Regierung, konnten die Koalitionsparteien auch nur einen Augenblick daran glauben, daß die Bevölkerung all die Ungehörlichkeiten, die die ursprüngliche Vorlage enthielt, ruhig hinnehmen und widerspruchlos über sich ergehen lassen wird?

Nur Dumme konnten so naiv sein, all dies für möglich zu halten!

Und jetzt, da nur ein kleiner Bruchteil dieser Absurditäten aus der Vorlage beseitigt wird, wirft man sich auf tschechischer und deutscher Seite stolz in die Brust und verlangt, ob der sogenannten „ungeheueren Zugeständnisse“, ob der grandiosen „Verbesserungen“ der Vorlage oder — wie die deutsche Regierungspresse sagt — ob der „erzielten großen Erfolge“ besoldet und belüchtelt zu werden! Mit demselben Recht hätte beispielsweise im neuen Prügelpaten auch ausgesprochen werden können, daß schon die bloße — und auch schon im Zuge der Beratung vorgebrachte Kritik der Verwaltungsvorlage mit der Todesstrafe belegt wird. Und wenn Herr Dr. Kramar dann auf diese Bestimmung gütiglich verzichtet hätte, hätte ich mich am Ende bei ihm noch dafür bedanken müssen, daß er mir das Leben gerettet habe.

Ich habe mich bei den krafftesten Bestimmungen der alten Vorlage absolut nicht des Eindruckes erwehren können, daß hier auf gut Glück manövriert wurde und

daß alle die vielen Ungehörlichkeiten der ersten Vorlage nichts als Versuchsbalkons gewesen sind. Darum vermag ich die durchgeführten Abänderungen absolut nicht als Ausfluß überquellender Demokratie anzusehen, sondern bestenfalls —

und das ist mein äußerstes Zugeständnis — zum Teile als die richtige Einschätzung und Erkenntnis der Grenzen der Macht des Bürgerblocks, zum andern Teile als ein Zeichen für das Vorhandensein eines letzten Restes von Schamgefühl,

das man in diesem Falle umso beruhigter spielen lassen konnte, als der unabänderliche Teil als der eiserne Bestand der neuen Vorlage ohnehin alles in sich birgt, was die Nachgiebigkeit der tschechischen und deutschen Bourgeoisie zur Festigung und Verankerung ihrer Positionen für die nächste Zeit benötigt.

Alles dies konnte auf tschechischer Seite nur durch die Verleugnung der revolutionären Vergangenheit des Bürgertums, nur durch die vollständige Liquidierung und systematische Ausrottung der aus der Umsturzzeit herrührenden demokratischen Ueberbleibsel, auf deutscher Seite nur durch Zustimmung zur Stabilisierung der Fremdherrschaft des Staatsvolkes über alle andern und vor allem über das deutsche Volk dieses Landes und auf deutscher und tschechischer Seite nur durch Ueberantwortung aller Macht an eine mit autokratischen Gewaltmitteln ausgestattete Bürokratie, nur durch Wiedererrichtung des alten habsburgisch-punzierten Obrigkeitstaates erreicht werden.

Was wir hier gesagt haben, wollen wir auch erweisen und vor allem aufzeigen, daß unser Urteil nicht etwa auf den parteimäßigen Agitationsbedarf zugeschnitten ist. Darum will ich für einen Augenblick es versuchen, die neue Vorlage aus dem Gesichtswinkel der deutschen Regierungsparteien zu prüfen und hierbei auf ihre aus den Ädnen der Regierungsposition fließenden vagen und lauschartigen Formulierungen in Kauf zu nehmen.

In der Resolution der deutschen christlich-sozialen Partei, die kurz nach dem Erscheinen der Regierungsvorlage beschlossen wurde, wird für alle parlamentarischen Körperschaften die Wahl gefordert und aus nationalen Gründen das unbeschränkte Ernennungsrecht abgelehnt, eine gerechte und praktische Regelung der Sprachenfrage für alle Vertretungskörper, sowie eine gesetzliche Festlegung des Polizeistrafrechtes und Verwaltungsrechtes verlangt, die Berücksichtigung der einmütigen Forderung der gesamten Bevölkerung Schlesiens reklamiert und bei Wahrung der beherrschenden Autorität auch gesetzliche Sicherungen gegenüber bürokratischer Willkür, sowie schließlich im Sinne einer gefunden demokratischen Entwicklung die Mitbestimmung der Bevölke-

bürgerlichen Parteien als Mindestmaß bezeichnet haben, um sie für diese Parteien annehmbar zu machen. Als am 11. März die Reichsparteileitung der christlich-sozialen Volkspartei, gezwungen durch den Widerstand in ihrem eigenen Parteilager, zur Verwaltungsreform Stellung nahm, forderte sie für alle öffentlichen Körperschaften die Wahl und lehnte aus nationalen Gründen ein unbeschränktes Ernennungsrecht der Regierung ab. In der neuen Fassung bleibt das unbeschränkte Ernennungsrecht der Regierung aufrecht, denn ob die Regierung vorher gewisse Körperschaften anhören muß oder nicht, ändert nichts an dieser Unbeschränktheit und nichts daran, daß keine Kompetenz die jeweilige Regierung an dem parteipolitischen und nationalen Mißbrauch bei der Ausübung dieses Rechtes hindern kann. Die christlich-soziale Reichsparteileitung hat ferner eine gerechte Regelung der Sprachenfrage in allen Vertretungskörpern, eine gesetzliche Festlegung des Polizeistrafrechtes und des Verwaltungsrechtes, eine gesetzliche Sicherung gegenüber bürokratischer Willkür und schließlich Berücksichtigung der einmütigen Forderung der Gesamtbevölkerung von Schlesien gefordert. Das alles heißt: erst dann, wenn diesen Mindestforderungen entsprochen sein wird, werden die deutschen Regierungsparteien dem Entwurf zustimmen können. Die Resolution der christlich-sozialen Reichsparteileitung ist nicht mehr als eine schöne Geste geblieben, denn die Deutschbürgerlichen, inklusive der deutschen Christlichsozialen, sind nur zu rasch umgefallen und haben gezeigt,

daß sie es auch billiger geben. Die erhandelten und erzielten Änderungen sind nichts als Schönheitspflasterchen, welche das grausliche Ding, das sich Verwaltungsreform nennt, in seinem Urzustande belassen, aber dieselben Parteien, die zuerst den Mund vollgenommen und Bedingungen gestellt haben, geben klein bei und werfen die Plüte ins Korn, ehe es noch gespalten hat.

Aber nun sehe man sich die Exponenten dieser Parteien in der Regierung, besonders den christlich-sozialen Herrn Dr. Mahr-Harting an! Mit seinem Kollegen Dr. Spina unterfertigt er den Entwurf vor dessen Einbringung im Parlament durch die Regierung. Die launstrommen deutschen Wähler haben so vieles stumm und geduldig über sich ergehen lassen, sie werden auch dieses noch ertragen. So denken Spina und Mahr-Harting, und im Vertrauen darauf beiseite sich der letztere, in der Öffentlichkeit zu behaupten, der Entwurf sei zu begrüßen, denn er stelle in national-politischer Hinsicht einen erfreulichen Fortschritt dar. Da lehnen sich die deutschbürgerlichen Wählerkreise dagegen auf, sich selber den Strich um den Hals legen zu sollen, und die deutschen Regierungsparteien müssen sich notgedrungen entschließen, dieser erregten Stimmung Konzeptionen zu machen. Die deutsche christlich-soziale Volkspartei, deren Vorsitzenderstellvertreter Herr Dr. Mahr-Harting ist, beschließt die erwähnten Bedingungen, die eigentlich ein derber Schlag über das ganze Gesicht dieses ihres höchsten Funktionärs sind. Das irritiert aber den christlich-sozialen Herrn Mahr-Harting

nicht, er kann eben auch anders. Es folgt der Unfall, die neuerliche Kapitulation seiner Partei unter seiner Führung und Mitverantwortung, und Herr Godza darf triumphierend verkünden, daß das Werk der Einigung der Regierungsparteien über die Verwaltungsreform gelungen sei, ohne daß die Verwaltungsreform etwas von ihrem antidemokratischen Gewaltcharakter eingebüßt hätte. In demselben Zeitpunkt, da dies geschieht, fungiert Herr Minister Dr. Mahr-Harting als Vorsitzender des Deutschen Juristentages, der die Resolution gegen die Verwaltungsreform beschließt und Grundzüge für eine gerechte Reform der öffentlichen Verwaltung aufstellt, die himmelfern von dem Wechselbalg entfernt sind, den derselbe Mahr-Harting loeben in die Welt zu setzen mitgeholfen hat. Das ist eine Vieldeutigkeit, die richtig zu charakterisieren der höfliche Ausdruck fehlt. Aber Herr Mahr-Harting, der Schnittlauch auf allen Suppen, wird auch aus dieser Situation sich und seinen Ministerstuhl zu retten wissen. Ehe der Hofn dreimal gekräht haben wird, werden er und seine Partei der Verwaltungsreform im Parlament ihre Zustimmung gegeben haben. In der Politik gibt es keine Sentimentalität, schrieb jüngst ein Regierungsblatt; die Regierungsdeutschen und Herr Dr. Mahr-Harting suchen zu beweisen, daß auch Charakter in der Politik eine Ueberflüssigkeit ist. Bleibt nur noch eines: die Wähler, die ja doch einmal die endgültige Entscheidung darüber zu fällen haben werden, ob Moral und Charakter wirklich überflüssige Requisiten in der Politik sind!

Rußlands Protestnote an Polen.

Die polnische Regierung mitverantwortlich.

Moskau, 8. Juni. (Tass.) Der Vertreter des Volkstommisars für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, überreichte dem polnischen Gesandten in Moskau, Patek, nachstehende Note:

Die Regierung der Sowjetunion erhielt soeben die kurze telegraphische Mitteilung über die Ermordung des bevollmächtigten Vertreters der Sowjetunion, Wojtow, durch einen russischen Monarchisten. Die Regierung der Sowjetunion bringt dieses unerhörte Verbrechen in Zusammenhang mit einer ganzen Serie von Aktionen, die auf die Zerstörung der diplomatischen Vertretung der Sowjetunion im Auslande hingen und direkt eine Bedrohung des Friedens schafften. Die Überfälle auf die Sowjetbotschaft in Peking, die Belagerung des Konsulates in Shanghai, der Polizeiberfall auf die Handelsdelegation in London und der probolatorische Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens Englands, diese gesamte Reihe von Akten hat eine Tätigkeit der terroristischen reaktionären Gruppen entfesselt, die in ihrem ohnmächtigen und blinden Haß gegenüber der Arbeiterklasse zur Waffe der

politischen Morde greifen. Die Regierung der Sowjetunion erblickt in der Ermordung ihres Gesandten in Warschau auch eine Folge dessen, daß alle notwendigen Maßnahmen gegen die verbrecherische Tätigkeit russischer konterrevolutionärer terroristischer Organisationen, die die Sache des Friedens in der gegenwärtigen gespannten internationalen Situation besonders gefährden, von der polnischen Regierung nicht ergriffen wurden. Die Sowjetregierung richtete seinerzeit die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die Tätigkeit der weißgardistischen Terroristen und warnte die polnische Regierung wiederholt vor der Möglichkeit probolatorischer Verbrechen von seiten dieser Elemente.

Indem die Sowjetregierung deshalb entschieden und entrüstet Protest erhebt und glaubt, daß die polnische Regierung die Verantwortung für das Geschehene nicht abzulehnen vermag, behält sie sich das Recht vor, nach Eintreffen eingehender und erschöpfender Nachrichten über das in Warschau verübte Verbrechen auf diese Frage zurückzukommen.

rung bei der Verwaltung so weitgehend als nur möglich begehrt.

In einer zur selben Zeit beschlossenen Resolution des Bundes der Landwirte wurde es als „Selbstverständlich“ bezeichnet, daß die deutsche Lebens- und Volkswirtschaft durch die geplante Neuorganisation nicht benachteiligt werden dürfen, gleichmäßig wurden diesbezügliche Sicherungen im Gesetz für notwendig erklärt.

Wenn wir nun im einzelnen nachprüfen, welche der im vorstehenden angeführten Forderungen der deutschen Regierungsparteien ihre Befriedigung gefunden haben, dann muß auch von regierungsidealistischer Seite zugegeben werden, daß kein einziges der erhobenen Bedenken beseitigt, daß in den grundlegenden Fragen auch nicht das geringste wesentliche Aufgebot erzielt wurde und daß die deutschen Koalitionsparteien nach mehrmonatlichen Beratungen der deutschen Bevölkerung nichts, rein nichts Entscheidendes heimgebracht haben!

Denn nach wie vor ist auf weiter Autor von nationaler und kultureller Selbstverwaltung keine Spur, nach wie vor wird an dem Grundproblem des Staates, dem deutschen Problem, abgesehen nicht gerüttelt, von der nationalen und kulturellen Fremdberrschaft des Staatsvolkes über alle anderen Völker nichts abgedaut; im Gegenteil werden die im Gange befindlichen Ansätze zur nationalen Selbstverwaltung und Volksverwaltung beiseite gedrängt und damit die letzte Hoffnung auf Ausgestaltung dieser Ansätze zu voller Autonomie für jeden der das Land bewohnenden Volksstämme begraben.

Nach wie vor bleibt es beim Ernennungsrecht eines vollen Drittels der Landtagsabgeordneten und Bezirksvertretungsmitglieder, ohne daß eine gesetzliche Bindung — und eine solche wird ausdrücklich vom Bunde der Landwirte verlangt — darüber bestünde, daß und in welchem Maße die Regierung bei Ausübung des Ernennungsrechtes der nationalen Schichtung der Bevölkerung und innerhalb derselben ihrer sozialen Gliederung Rechnung tragen wird. Diesbezüglich fehlen außer der Präzise: „unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, kulturellen, nationalen und sozialen Verhältnisse“ alle Anhaltspunkte darüber, in welchem Maße all den eben geschilderten Interessen Rechnung getragen und vor allem welche Garantien hierfür geschaffen werden sollen.

Nach wie vor bleibt es bei der Ausschüttung des Mitbestimmungsrechtes der Bevölkerung an der Verwaltung.

Nach wie vor bleibt es — trotz des christlichsozialen Verlangens nach Berücksichtigung der einmütigen Forderung der Gesamtbevölkerung schließens — bei

Vergewaltigung Schlesiens,

denn die zur Voraussetzung irgendwelcher „Erfolge“ gemachten Konzessionen — wie die Bewilligung absonderlicher Kommissionen zur Verwaltung der schlesischen Landesanstalten — werden höchstens durch eine neue Form eines Doppelspiels des Verwaltungsapparates nicht vereinfacht, sondern erst recht kompliziert gestaltet. Aber auch die andern Wünsche der Regierungsparteien wurden von den tschechischen Koalitionsparteien glatt ignoriert. Soll man daher in den Resolutionen der beiden deutschen Regierungsparteien nicht etwa bloß

ein großangelegtes Abrechnungs- und Täuschungsmanöver

erblicken, dann muß auch von dieser Seite ausgesprochen werden, daß sich an den entscheidenden Teilen der Regierungsvorlage

rein gar nichts geändert

hat und daß

alle jene schweren Bedenken, um derenwillen die Vorlage seitens der deutschen aktivistischen Parteien als unannehmbar bezeichnet wurde, bis auf das letzte Zeilchen fortbestehen.

Das Wort haben nun die deutschen Regierungsparteien,

die sich darüber schlüssig werden müssen, welche Konsequenzen sie aus dem ablehnenden Votum der tschechischen Koalition ziehen werden. Wir größter Spannung erwartet die gesamte deutsche Öffentlichkeit ihre Entscheidung.

Doch mag von dieser Seite kommen was will, unser Standpunkt ist klar.

Unsere Aufgabe ist es in dieser Stunde, der Bevölkerung den durchaus reaktionären, für die Nationalitäten des Staates geradezu tödlichen, vor allem aber uns in nahezu ein Jahrhundert in der Entwicklung zurückschleudernden Charakter der Regierungsvorlage aufzuzeigen und die ganze, vor allem aber die arbeitende Bevölkerung zum Abwehrkampf aufzurufen.

Gegenüber unseren Anklagen wird von den Koalitionsparteien behauptet, daß die Regierungsvorlage auch in jenem Teile, der

die Polizeibestimmungen

umfaßt, nichts als Selbstverständlichkeiten enthält, daß auch Deutschland und Österreich solche Normen vorgesehen haben und daß im ganzen und großen nur Altes übernommen und den heutigen Verhältnissen angepaßt wurde. Jedes Wort dieser Behauptungen ist unzutreffend. Denn gemessen an den neuesten Vorbereitungen des tschechoslowakischen Bürgerblodes liegt sich die österreichische, nur mit provisorischem Charakter ausgestattete Vorlage wie ein Liebesroman. Das preussische Polizeirecht weist wohl gegenüber dem österreichischen weitergehende und schärfere Bestimmungen auf, doch liegt dort die Strafjustiz in den Händen der Gerichte, worin eben eine sehr bedeutsame Rechtsgarantie gelegen ist, während bei uns die strafende Behörde zugleich Gesetzgeber und Richter ist.

Doch das Auffreizendste ist, daß die jetzigen Polizeinormen sogar eine Verschärfung und Verschlechterung gegenüber dem österreichischen Prügelpatent bedeuten,

das für Österreich immer einen Schandfleck bildete.

Das wollen wir gleich aufzeigen: Auch das alte Prügelpatent enthält im § 7 ein Strafblancket und ermächtigt die Erlassung von Verböten — allerdings nur im Rahmen des legalen Wirkungsbereiches. Das neue Patent enthält aber ein weit ausgelegtes Verbot- und Gebotsrecht zur Anwendung aller möglichen Gefahren für die Ruhe und Ordnung des Staates. Das alte Prügelpatent läßt lediglich die Verfolgung wegen Störung der Ruhe zu, das neue wegen Störung, aber auch wegen „Bedrohung“ der Ruhe. Das alte Prügelpatent strafte bloß polizeiwidriges Verhalten, soweit es Kernergnis hervorruft, das neue aber polizeiwidriges Verhalten an sich und überdies Kernergnis erregendes Verhalten als folgend. Das alte Prügelpatent sieht Geldstrafen von 2 bis 200 Kronen, das neue solche bis 5000 Kronen.

Das alte Patent kennt Höchststrafen bis zu 14 Tagen, das neue infolge des Annulierungsrechtes von Geld- und Arreststrafen, sowie infolge des Strafumsandlungsrechtes Arreststrafen bis zu sechs Wochen. Das alte Prügelpatent schützte lediglich die politischen und Polizeibeamten, das neue nimmt die staatlichen und die autonomen, die gewählten und ernannten Organe unter seine Fittiche. Das alte Schutzgesetz schränkte seine Wirksamkeit auf gewisse öffentliche Versammlungsorte ein, das neue erstreckt sie auf jeden öffentlich zugänglichem Ort. Nach dem alten Prügelpatent darf die Polizeistrafe nicht höher sein, als die niedrigste gerichtliche Strafe, nach dem neuen Patent gibt es eine solche Begrenzung nicht. Dabei die Handhabung dieses Polizeistrafrechtes auf Grund eines Verfahrens, das auch nicht die entfernteste Garantie für eine verlässliche Strafverfolgung gibt. Bedeutet man, daß dazu noch unser Rechtswertmaß verletzt wird, die Bedingtheit der Strafe und die Strafaufschiebbarkeit für den Fall der Anrufung des Obersten Verwaltungsgerichtes nicht vorgesehen ist, dann begreift man erst, wie hart und bitter wir die Regierungsvorlage empfinden, die man uns als Modernisierung des Prügelpatentes präsentiert und in der Auslandpropaganda als harmlose Polizeivorkehrung hinzustellen versucht.

Dieser Vorlage gilt unser Kampf. Wird sie Gesetz, dann beladen sich die tschechischen und deutschen Regierungsparteien für immerwährende Zeiten mit Schimpf und Schande.

Auffreizend ist auch, daß die Koalitionsparteien dieser reaktionären Vorlage ein wissenschaftliches Wankeln unumhängen und ihr die hervorragendsten tschechischen Staatsexperten vorzuspinnen versuchen.

Dabei leistet man sich das Anstößliche, jenen Teil der gutachtlichen Äußerung dieser Professoren, der dem behörden-organisatorischen Teil der Vorlage gegenüber einen ablehnenden Standpunkt einnimmt, zu unterstellen. Berücksichtigt man werden die abweislichen, nicht minder bedeutsamen und beweiskräftigen Gutachten der deutschen Universitätsprofessoren Dr. Kauchberg und Schranil, unterdrückt werden warnende Stimmen einzelner tschechischer Universitätslehrer, jenseitig übergangen werden die wissenschaftlichen Ergebnisse des letzten im Jahre 1925 abgehaltenen tschechischen Juristentages, dessen Beschlüsse gerade in der entscheidenden Frage — der Regelung des Polizeistrafrechtes — ein geradezu vernichtendes Werturteil über die neue Vorlage beinhalten. Dagegen wird alles auf zwei Arten: Dr. Weyr und Hoevel gelehrt, mit deren Gutachten und Zeitungsartikeln die ganze wissenschaftliche Welt, die ganze theoretische Auseinandersetzung mit dem abweichenden Standpunkt der Opposition bestritten wird. Doch gerade für diesen Zweck eignen sich die Darlegungen des Herrn Professors Dr. Weyr nicht, dem — bei aller Sympathie für seine Personlichkeit — der Vorwurf schwerster Inkonsequenz nicht erspart werden kann, wenn man seinen heutigen Auffassungen jene Ideengänge entgegenhält, deren erfrischter Verfasser er im alten Österreich gewesen ist. Vor mir liegt das Sonderheft der österreichischen Zeitschrift für öffentliches Recht, in dessen Monatsnummer des Jahres 1916 ein Gutachten des Professors Dr. Weyr über Länderautonomie abgedruckt ist. Es lautet wörtlich:

„Die angeführten Mängel zeigen den Weg für eine vernünftige Neuorganisation.“

Die Kronländer sind territorial zu verändern, und zwar derart, daß die neuen Territorien nation

nal möglichst einheitlich gestaltet werden. Für jede Nation — in der Regel wenigstens — je ein Territorium. Die neuen nationalen Territorien sind also Erben der alten historisch politischen Kronländer anzusehen. Sie erhalten in legislativer und exekutiver Hinsicht nationale Autonomie auf Grundlage des Territorialprinzips. Die übrigen Agenden, welche die Nation zur Verwirklichung ihrer Kollektivinteressen (siehe oben) nicht nötig hat, verbleiben dem Zentralstaat, resp. seiner Gesetzgebung und Exekutive. Ein Bild auf die nationale Landkarte, welche die nationalen Zielungsverhältnisse — derzeit nur in groben Umrissen, da jede verlässliche Grundlage fehlt — wiedergibt, beweist, daß die Schaffung solcher einheitlicher nationaler Territorien wohl durchführbar wäre.

Innerhalb der einheitlichen nationalen Territorien sind den Minoritäten ihre individuellen sprachlichen Rechte (im Amt, Schule und öffentlichen Leben) auf Grund des Personalprinzips zu garantieren. Unbedingte Voraussetzung dabei ist, daß der Schutz der Minoritäten in allen Territorien in gleicher Weise geregelt wurde, resp. auf denselben Grundlagen beruht.

In ähnlicher Weise, wie den einzelnen Minoritäten in den autonomen nationalen Territorien müßten allen nationalen Individuen ihre individuellen sprachlichen Rechte der staatlichen Zentralverwaltung gegenüber gewährleistet werden, das heißt also mit anderen Worten: Nationale (hier soviel wie sprachliche) Gleichberechtigung der Nationalitäten gegenüber dem Zentralstaat.“

Dieses Gutachten Dr. Weyrs steht in jeder Zeile die Linieneffizienz eines von sozialer und nationaler Gerechtigkeit erfüllten Programmes der nationalen und kulturellen Selbstverwaltung dar, um dessen willen unsere Partei erst vor drei Tagen im „Narod“ anlässlich der letzten Berliner Rede meines Parteifreundes Dr. Heller des Fretentumms gegessen wurde. Es enthält ein Programm, das fast in jeder Zeile sowohl mit dem alten sozialdemokratischen Brünnener Nationalitätenprogramm, als auch mit den auf unserem ersten Teplitzer Parteitag beschlossenen nationalpolitischen Programmsätzen übereinstimmt, und das wir nun gerade in diesem Augenblick mit allem Nachdruck geltend machen und leider nicht nur gegen die tschechischen, sondern auch gegen die deutschen Koalitionsparteien in allerletzter Stunde verteidigen müssen. Denn gerade auf diese Stunde kommt es an. Wird sie veräußert und die Regierungsvorlage so beschlossen, wie sie vorliegt, dann ist alles für die Minderheitsvölker dieses Landes auf lange, lange Zeit verloren, dann ist es wohl das Beste, wenn man dieser Verwaltungsreform das Wort vorsetzt:

Ihr, die ihr da eintrietet!

Lasst alle Hoffnungen fahren.

Denn die Regierungsvorlage wagt sich nicht nur nicht an das brennendste Problem dieses Staates, an das Minderheitsproblem heran, sondern läßt es bewußt als schwärende Wunde im Staatskörper weiter offen. Was nützen da all die bombastischen Worte und Verheißungen der tschechischen Staatsmänner? Was die Phrasen von den: „Gleichen zwischen Gleichen“? Was die — ganz besonders im Auslande — mit unbeimlichem Vortuscheln losgelassenen Kammegereien des Ministers Dr. Hodza? Was sausen wir uns für die von diesem Minister dem Redakteur der „Neuen Freien Presse“ am vergangenen Sonntag angekündigte „baldige Schlußautonomie“, was für die im Rahmen der Länderautonomie versprochene „baldigste Berücksichtigung der kulturellen Forderungen der nationalen Minoritäten“, was für das Versprechen der „baldigsten, für die europäische Minoritätenpolitik musterhaften Lösung des tschechoslowakischen Minderheitsproblems“, wenn Herr Minister Hodza und mit ihm die Regierung mit samt den Koalitionsparteien zur Einlösung aller der hundertfältigen Versprechungen und so herrlichen Verheißungen nicht mit dem Finger röhren! Woju soll Hodza mit seinen Zusagen Ernst machen, wenn er weiß, daß es zwischen den tschechischen und deutschen Koalitionsparteien — auch ohne daß am nationalen Problem gerührt worden wäre — immer möglich gewesen sei, eine Verständigung zu erzielen, daß hievon auch die Verwaltungsreform keine Ausnahme gemacht habe und daß sich auch hier die Parteien in den letzten Tagen bereits geeinigt haben.“

Doch eine Einigung der tschechisch-bürgerlichen Parteien mit den drei deutschen aktivistischen bürgerlichen Parteien ist noch lange keine Einigung mit dem gesamten deutschen Volke, denn die drei deutschen aktivistischen Parteien repräsentieren innerhalb der deutschen Bevölkerung lediglich eine Minderheit. Den auf die drei deutschen aktivistischen Parteien bei den letzten Parlamentswahlen entfallenden 747.000 Stimmen stehen — die deutschen kommunistischen Stimmen mit 150.000 gerechnet — 970.000, also nahezu eine Million deutscher Wähler gegenüber, die durchwegs auf dem Standpunkt der Selbstregierung und Selbstverwaltung der Minderheitsvölker stehen und die eine Profamen- und Parteipolitik der deutschen Koalitionsparteien mit aller Entschiedenheit verwerfen.

Wie übrigens die deutsche Bevölkerung — soweit sie nicht völlig auf Macht- und Besitzinteressen eingestellt ist — über die staatsrechtlichen Grundprobleme dieses Landes, über die Stellung der Minderheiten im Staate, über die Erfordernisse einer modernen Verwaltungsreform und schließlich über die letzte Verwaltungsvorlage denkt, das hat der während der letzten Pfingstfeiertage in Reichenberg tagende

deutsche Juristentag

gezeigt. Dort wurde, nach vorheriger Beschlußfassung der ständigen Delegation, unter dem Vorsitz des Justizministers, des geistigen Führers der deutschen aktivistischen Parteien, stimmeneinhellig, eine Resolution zum Beschluß erhoben, die in jeder Zeile einen Faustschlag gegen den Geist und Inhalt der Regierungsvorlage darstellt und in jedem Worte — wenn auch in abgewandelter Sprache — als ein Protestschrei gemahnt werden muß. Dieses einstimmige Votum ist die lauteste Anklage gegen die deutschen Regierungsparteien, sie ist aber auch ein Warnungsruf in letzter Stunde! Und es ist geradezu ein Treppentritt der Geschichte, daß es gerade der deutsche Minister Mayr-Harting, der mit der entscheidenden Verantwortung für die so verhängnisvolle Entwicklung der deutschen Politik belastete Mann ist, der als Präsident des deutschen Juristentages zum Spruchrohr des mohndenen deutschen Gewissens werden soll, und daß just unter seinem Präsidium und Präsidium Beschlüsse gefaßt wurden, die eine auf Schritt und Tritt gegen seine Politik enthalten.

Wir warten die weitere Entwicklung mit größter Spannung ab und sind neugierig, wie sich der Herr Justizminister, der christlichsoziale Klubvorsitzende, stellvertretende und Juristentagspräsident Mayr-Harting aus dieser Zwidmühle befreien und den Gewissenskonflikt lösen wird, der sich für ihn aus seiner fatalen Zwitterstellung ergibt.

Den Oppositionsparteien erwächst aus der heutigen so überaus schwierigen Situation eine geradezu historische Verantwortlichkeit und in erster Linie die Pflicht, gerade in diesem entscheidenden Augenblick das große Schicksalsproblem des Landes und der deutschen Minderheit aufzurollen, die Entscheidung über diese Schicksalsfrage herbeizuführen und vor allem den tschechischen Machthabern dieses Staates klar zu machen, daß es diesmal um das Ganze geht.

Daß es sich um Sein oder Nichtsein der Demokratie in diesem Lande handelt und daß jeder Versuch, die Minderheitsvölker mit einigen Broden, mit einigen Knochen, wie etwa mit der anrüchlichen Zulassung deutscher Aeserate in deutschen Gebieten, mit der Zulassung des Gebrauches der deutschen Muttersprache in Eger, Aisch, Jauernick usw. oder mit ähnlichen Väterlichkeiten abzuspeisen, scheitern muß.

Die Herren vom Bürgerblod — die tschechischen und deutschen — werden Farbe bekennen müssen. Für ein Volksgeschick sind alle Vorlesungen getroffen!

Da die Regierungsvorlage durchwegs vom reaktionären Polizeigeist beherrscht ist, alle Gewalt im Staate der Bourgeoisie beider Nationen und der ihr willfährigen Bureaucraten ausliefert, den Einfluß und das Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung durch Bureaucratifizierung der Verwaltung, durch Entwertung, aber auch durch Verfälschung des Wahlrechtes nahezu vollständig ausschaltet, die Selbstverwaltung der Bevölkerung vollständig auslöscht und jede Hoffnung auf baldige Verständigung und Zusammenarbeit der das Land bewohnenden Völker begräbt, beantrage ich namens meiner Partei den Uebergang zur Tagesordnung.

In der Sitzung sprach als erster Redner Meißner (tsch. Soz.-Dem.), der den bürokratischen Geist der ganzen Vorlage hervorhob und ebenfalls auf die Beschlüsse des deutschen Juristentages hinwies; wo wäre es in einem anderen Staate möglich, fragte er, daß eine Vereinbarung, der der Justizminister präsidiert, ihr Votum gegen die Verwaltungsreform abgibt, während die Partei des Ministers da für stimmt?

Vor dem Genossen Dr. Czoch kam noch Danál (tsch. Volksparteier) zu Worte, während in der Nachmittags-Sitzung der Kommunist Haleten ebenfalls sehr scharf gegen die Vorlage sprach. Nach dem tschechischen Agrarier Cerny meldete sich Junemann (tsch.) zu Worte, der in mehrstündigen Ausführungen zunächst einen historischen Rückblick über die Entwicklung der Verwaltungsreform bis zum Gangeseß gab und dann den Versuch unternahm, im einzelnen den Standpunkt der Regierung zur Verwaltungsreform zu verteidigen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses, in der Kramer das Schlusswort zur Generaldebatte halten soll, wird morgen nach der Hausung um 7 Uhr abends stattfinden.

Die „verbesserte“ Verwaltungsreform.

Die heute — endlich — den Mitgliedern des Verfassungsausschusses vorgelegten Abänderungsanträge der Mehrheitsparteien durchwegs den Eindruck, den schon die Ausführungen des Dr. Kramar hervorgerufen haben: Der reaktionäre Grundcharakter der Vorlage bleibt aufrecht, die Änderungen berühren in keinem Punkte das Wesen der P-Form. Wir geben im Folgenden die wichtigsten Änderungen wieder:

Das Gebots- und Verbotsrecht der Behörden wird infolgedessen grundsätzlich auf die Landesverwaltung beschränkt, als deren Bewilligung eingeholt werden muß. So jedoch in „dringenden und unauflösbaren Fällen“ die Bewilligung nicht notwendig ist, erweist sich diese Verbesserung als bloße Augenwischerei.

Das alte Prügelpatent kommt wieder zu Ehren, da nun auch den Behörden ein anständiges Benehmen und Entgegenkommen gegenüber den Parteien zur Pflicht gemacht wird, allerdings ohne Straffunktion für Verletzung dieser Verpflichtung, während der „ewigwähliche Stempel“ für Großheit gegenüber der hohen Obrigkeit nach wie vor bestraft wird, wobei allerdings die Höchststrafe auf 2000 Kronen oder fünf Tage herabgesetzt wurden. (In der Vorlage 5000 Kronen und acht Tage.) Ebenso wird auch der allgemeine Strafsatz von 10.000 auf 5000 Kronen herabgesetzt. Hingegen wird ein ganz neues Bußensystem von Ordnungstufen für diejenigen eingeführt, welche ein Verwaltungsverfahren stören, ja sogar gegen diejenigen, die unvorsichtlich zu einem Verfahren Anlaß geben oder ein solches verzögern.

Bezüglich der Regelung des Verwaltungsverfahrens durch Gesetz, beziehungsweise der parlamentarischen Genehmigung der Regierungsverordnung über das sonstige Verwaltungsverfahren gilt das von uns bereits am 3. Juni mitgeteilte.

Ganz interessant ist es, daß der Vorsteher des Bezirksamtes wieder seinen schönen altösterreichischen Titel „Bezirkshauptmann“ erhält.

Das Recht der Regierung, mit den Kompetenzen willkürlich zu schalten, wird auf die ersten drei Jahre der Wirksamkeit des neuen Gesetzes beschränkt, und überdies die Bestimmung, daß die Regierung auch Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Landesvertretungen und Landesausschüsse fallen, auf das Ministerium übertragen kann, gestrichen. Auch die Bestimmungen, durch welche Kompetenzbestimmungen getroffen werden, müssen der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Sinnfälligkeit der Uebernahme der autonomen Beamten in den Staatsdienst werden gewisse Verbesserungen beantragt, indem diese nun die erworbenen Rechte, wenigstens insoweit sie nicht über die nach dem Gehaltgesetz vom Jahre 1926 stehenden Ansprüche hinausgehen, grundsätzlich behalten. Von der Prüfungsprüfung befreit sind nun jene Angestellten mit guter Qualifikation, die bis 9. Februar 1920 in den Dienst der betreffenden Korporationen getreten sind, während sie nach der ursprünglichen Vorlage auf diesem Tage schon fünf Dienstjahre haben mußten.

Ueber die Mitgliederzahl und Zusammenlegung der Landesvertretungen haben wir bereits berichtet. Ebenso haben wir bereits mitgeteilt, daß nicht mehr fünf Beamtene, sondern nur der jeweilige Berichterstatter das Stimmrecht haben, nachzutragen ist, daß der Landespräsident nicht nur den Vizepräsidenten, sondern auch ein Mitglied der Landesvertretung mit der Stellvertretung im Voritz „beraunen“ kann. Daselbe gilt übrigens auch für die Bezirksvertretungen.

Die Landesvertretungen sind berechtigt, für die Verwaltung ihrer Anhalten und Unternehmungen besondere Kommissionen einzusetzen. Eine solche Kommission wird auch für die derzeit schlechten Anhalten errichtet, diese Kommission, ein bloßer Ausschuss der natürlichen Landesvertretung, ist also der künftige Rest des selbständigen Landes Schicksals.

Die Bestimmungen des vom Senat noch gar nicht verabschiedeten Gesetzes über die Finanzwirtschaft der Selbstverwaltungskörper finden auch auf die Länder volle Anwendung, wodurch deren Autonomie auch in finanzieller Hinsicht auf das Allereinste eingeschränkt wird. Ueberdies darf die Landesvertretung Vermögensgegenstände, deren Wert mehr als eine halbe Million beträgt, nur mit Genehmigung der Regierung veräußern. Neue Ausgaben dürfen die Länder nicht machen, ohne die Zustimmung des Landespräsidenten einzuholen.

Was die Bezirksvertretungen anbelangt, so ist auch hier die Bestimmung aufgenommen, daß die Regierung bei der Bestellung der ernannten Mitglieder die wirtschaftlichen, kulturellen, nationalen und sozialen Verhältnisse berücksichtigen soll. Wert hat diese Bestimmung ebensowenig wie bei den Ländern. Die Bezirksvertretungen sollen nicht zweimal, sondern viermal im Jahr, und die Bezirksausschüsse nicht sechsmal, sondern zehnmal im Jahre zusammentreten.

Da die Bezirkserteilung durch Verordnung erfolgen wird, und davon gedacht wird, dabei die bisherigen politischen Bezirke zur Grundlage zu nehmen, werden viele derzeitige Vertretungsbezirke ihre Selbstständigkeit verlieren. Es ist nun vorgeschlagen, daß für solche ehemals Vertretungsbezirke eigene, von der Bezirksvertretung gewählte Kommissionen eingesetzt werden, jedoch nur für eine Uebergangszeit.

Dah für die Geschäftsordnung und den Sprachengebrauch der Landes- und Bezirksvertretungen nicht die berüchtigte slowakische Verordnung vom Jahre 1924 gelten, sondern eine eigene Verordnung erlassen werden soll, ist bereits be-

kannt, nach dem Wortlaut des Mehrheitsentwurfes soll diese Verordnung gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes verlaublich werden.

Die Verwaltungsämter sollen auch bei den Bezirken errichtet werden, doch werden wir in dieser Hinsicht auf ein noch zu erlassendes Gesetz verweist.

In den Schlußbestimmungen wird festgelegt, daß, solange die Landes- und Bezirksvertretungen nicht errichtet sind, die Rechte der Landesvertretungen nicht, wie in der Vorlage, der Landespräsident, sondern der Minister des Innern, und die Rechte der Bezirksvertretungen nicht der Bezirkshauptmann, sondern der Landespräsident ausüben soll. Daß man auf diese Bestimmung soviel Wert legt, läßt wohl befürchten, daß auch die dürftige Landes- und Bezirksautonomie erst nach einem absolutistischen Interregnum wirksam werden wird. Das Inkrafttreten des Gesetzes wird vom 1. Jänner auf den 1. Juli 1928 hinausgeschoben.

Agrarische Verschleppungstatistik.

Sie stellen „neue Forderungen“.

Prag, 8. Juni. Heute fand eine Sitzung der Reichsparteivertretung des Bundes der Landwirte statt, welche zur Verwaltungsreform endgültig Stellung nehmen sollte. Ueber die Verhandlungen, die fast den ganzen Tag dauerten, wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Die am 8. Juni in Prag abgehaltene, aus allen Parteikreisen des Bundes der Landwirte besetzte Reichsparteivertretung hat einstimmig den Beschluß gefaßt, dem Gesetzentwurf über die Verwaltungsreform im Prinzip die Zustimmung zu erteilen. Die endgültige Stellungnahme zum Gesetzentwurf im Plenum des Abgeordnetenhauses wird jedoch von der Erfüllung bestimmter Forderungen abhängig gemacht.“

Damit, daß die Agrarier schließlich die Verwaltungsreform schlucken werden, auch wenn so gut wie alle ihre leiterzeitigen Forderungen von den tschechischen Koalitionsgenossen abgelehnt werden, war ja selbstverständlich zu rechnen; diese „neuen“ Forderungen, die da plötzlich auftauchen und von denen wieder einmal alles abhängen soll, sind natürlich eine ganz plumpe Augenscheinerei. Bezeichnend ist es ja, daß über den Inhalt dieser Forderungen strengstes Stillschweigen bewahrt wird. Wenn sie es ehrlich mit ihrem angeblichen Widerstand gegen einzelne Bestimmungen meinen, dann müßten sie jetzt doch endlich einmal genau vor der ganzen Öffentlichkeit präzisieren, was sie noch geändert wissen wollen; davor hüten sich die Herren aber, weil sie von vornherein wissen, daß ihnen auch von diesen neuen Forderungen gute 90 Prozent wieder abgehandelt werden. Wenn die Agrarier eigentlich hinter sich führen wollen, wissen sie wohl selbst kaum.

Genat.

Heute Beginn der Steuerreform-Debatte.

Der Senat hielt gestern eine kurze Sitzung ab, in der ohne jede Debatte nach dem Referat des Berichterstatters Karas die Vorlage über Steuererleichterungen bei Fusionen angenommen wurde. Nachdem in zweiter Lesung das internationale Eisenbahntariffabkommen erledigt war, referierte Berichterstatter Jačel über den Staatsrechnungsbuchschluß für 1924, der sodann gleichfalls ohne Debatte genehmigt wurde.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, die heute Donnerstag, um 10 Uhr vormittags beginnt, stehen bereits die Steuerreform, sowie das Gesetz über die Gemeindefinanzen und die Stabilisierungsbilanzen. Nach den in der Klubmännerkonferenz getroffenen Dispositionen soll die heutige Sitzung bis 9 Uhr abends dauern, worauf die Steuerreformdebatte noch Freitag von 9 bis 15 Uhr und Montag nachmittags ab 3 Uhr fortgesetzt werden soll. In der Dienstag früh 10 Uhr beginnenden Sitzung, die eventuell bis spät in die Nacht ausgedehnt werden soll, hofft die Koalition bereits die Abstimmung über die Steuerreform vornehmen zu können.

Von unserer Fraktion werden die Genossen Rejzl und Polach in die Debatte eingreifen.

Anschließend an die Festsetzung des Sitzungsprogrammes für die Steuerreform kam es in der Klubmännerkonferenz zu einer erregten Debatte über die Frage des Sessionschlusses. Genosse Dr. Šeller wendete sich in scharfen Worten gegen die Absicht der Regierung, den Senat bis weit in den Juli hinein tagen zu lassen, um noch die Verwaltungsreform zu erledigen. Wenn die Verwaltungsreform, wie voranzuschauen ist, erst Ende Juni vom Abgeordnetenhause fertiggestellt wird, dann soll sie im Senat eben erst im Herbst zur Verhandlung kommen, denn da die Vorlage sowieso erst mit 1. Juli 1928 in Kraft treten soll, hat diese Verzögerung nichts zu bedeuten. Diefem Vorschlage schlossen sich alle Anwesenden an. Es wurde von mehreren Rednern auch darauf verwiesen, daß die Vorlage im Hinblick auf den Doppelseiertag Anfang Juli und die Arbeiterolympiade bestenfalls erst am 11. Juli in den Ausschuss kommen könnte; dies würde bedeuten, daß das Plenum diese umfangreiche und wichtige Vorlage nicht vor Ende Juli fertigstellen könnte. Der Vorsitzende versprach, der Regierung die bezüglich des Sessionschlusses geäußerten Wünsche zu übermitteln.

Bombenattentat in Leningrad.

26 schwerverwundete kommunistische Versammlungsteilnehmer.

Leningrad, 8. Juni. Gestern spät abends betrat ein Unbekannter den Saal des Geschäftsclubs, in dem eine Sektion des Leningrader Diskussionsklubs der kommunistischen Partei eine Mitgliederversammlung abhielt, und warf eine Bombe. Gleich darauf wurde von einem anderen Unbekannten eine zweite Bombe geworfen. Durch die Explosion wurde der Saal zerstört. Nachdem die Verbrecher die Bomben geworfen hatten, stürzten sie aus dem Lokal,

deckten ihren Rückzug mit Revolverkugeln und entkamen. 26 Teilnehmer der Versammlung wurden durch die Explosion erheblich verwundet, so daß sie nach der ersten Hilfeleistung ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Stelle der Explosion, wo sofort Feuerwehrrabteilungen und Vertreter der Behörden einstrafelten, wurde von der Miliz abgesperrt. Außer den 26 Schwerverwundeten gab es noch einige leichtere Verletzte.

Sodža informiert das Ausland.

Ein Interview des Unterrichtsministers in der „N. Fr. Presse.“ — Die übliche Blödmacherei. — Die Verwaltungsreform als Zugeständnis an die nationalen Minderheiten. — Das System Svehla-Mahr-Harting als Vorbild für europäische Minderheitspolitik!

Die „N. Fr. Presse“ steht durch ihren obligaten Prager Berichterstatter dem Aktivismus eigentlich nicht besonders nahe. Aber als Weltblatt und Gesinnung ist für das Benedikt-Blatt laugst ein Fremdwort geworden. Treu geblieben ist sie sich dagegen in dem Bestreben, koste es was es wolle, von sämtlichen Ministern der Welt Beiträge zu erhalten. Auf den Mahr-Harting, der den ersten Entwurf der Verwaltungsreform dorthen den grünen Alee lobte, folgt nun der Sodža, den ein Herr Dr. Wu. — sollte dieser gelegentliche Kollege des Herrn Dr. Vacher aus den extraterritorialen Regionen der österreichischen Grenzschutzflanke stammen? — in einem „Gespräch“ (die vornehmen Mitarbeiter der „Presse“ haben immer nur „Gespräche“ mit ihren Opfern) aus-gesprachelt hat.

Was der Sodža da erzählt, hält sich im allgemeinen auf dem Niveau der aktivistischen Auslandspropaganda und könnte ebensogut von Spina erzählt sein. In manchen Partien aber wird das bisher Gebotene ungewißerhaft durch die Kühnheit des Phrasierens übertrumpft und aus nichts-lagendem Schmutz wird gemeingefährliche Blödmacherei. Da erzählt Herr Sodža:

„Das gegenwärtige System hat sich durchaus bewährt. Als wir vor einem Jahre daranaingen, die Kooperation deutscher, tschechischer und slowakischer nationaler Parteien in die Wege zu leiten, als wir später durch die Bildung der gegenwärtigen Regierung zur Stabilisierung der angebahnten Zusammenarbeit schritten, haben viele nicht geglaubt, daß alle Schwierigkeiten, die hieraus entstehen mußten, sich mit einem derartigen Eton überwinden lassen werden, wie dies tatsächlich geschehen ist. Gewiß, auch heute gibt es noch Hemmnungen. Das liegt in der Natur der Sache. Es war aber bisher stets möglich, alle ausfallenden Divergenzen auszugleichen. Die Methode, die wir hierbei anwenden, hat sich durchaus bewährt.“

Für die tschechische Bourgeoisie hat sich das System freilich bewährt und es ist auch ganz ohne Frage, daß sie die Schwierigkeiten, den tschechischen Mannesmut des Mahr-Harting zu beugen, bei weitem überschätzt hat. Die Hemmnungen, die sich den Herren Svehla und Sodža entgegenstellen, sind aber, wie nun neuerlich bestätigt wird, so geringfügig, daß sie mit „Eton“ überwunden werden können.

Sodža erzählt dann ein rührendes Märchen von der Verwaltungsreform, über die man sich geeinigt habe und die notwendig war, weil die CSN auf diesem einzigen Gebiete gegen ihre Nachbarn zurückstand. Nun habe man eine „modernisierte Länderverfassung“ geschaffen. Nun ist es ebenso unklar, daß die Tschechoslowakei auf allen anderen Gebieten den Nachbarn voraus ist, wie es unwahr ist, daß sie auf dem Gebiet zurückbleibe, denn sie hat ja eine Gauverfassung. Die ist aber dem Sodža zu revolutionär. Und dann ist die Angelegenheit nicht so günstig für die Minoritäten. Der Gewaltmenschen Sodža hat sein füh-lendes Herz für die Minderheiten erndtet und versteigt sich zu folgender Offenbarung:

„Im Rahmen der Länderautonomie vermögen wir leichter den kulturellen Forderungen der nationalen Minoritäten Rechnung zu tragen. Hätten wir an den Gonen festgehalten, wäre es nicht möglich gewesen, dort, wo ein Umbau notwendig ist, diesen rein evolutionär durchzuführen. So können wir jetzt am Bestehenden anknüpfen. Die Notwendigkeit einer Jährer fällt weg. Das ist psychologisch wichtig. Man denke nur daran, daß wir die Schulautonomie, die wir in kürzester Zeit verwirklichen wollen, selbstverständlich konform der allgemeinen Verwaltungsorganisation aufbauen müssen. Aber auch in bezug auf die slowakische und karpathorussische Frage ist die Rückkehr zur Länderorganisation ein Fortschritt. Es wird möglich sein, in diesem Rahmen die Wünsche der slowakischen Autonomisten zu befriedigen. Das gleiche gilt auch bezüglich der Verpflichtungen, die

wir den Karpathorussen gegenüber eingegangen sind. Daß der Landespräsident dort den Titel eines Gouverneurs führen wird, daß dem Präsidenten unter Umständen besondere Kompetenzbefugnisse gegeben werden, sind Details, die sich organisch in die neue Verwaltungsreform einbauen lassen.“

Weil also die Deutschen in Ländern und Bezirken majorisiert werden, eine allmächtige Bürokratie an die Stelle der Selbstverwaltung treten wird, wird den Forderungen der Minoritäten Rechnung getragen! Weil Sodža seine sagenhafte Schulautonomie durchführen will, tschechisiert er die Bezirke und nimmt den Deutschen den letzten Rest von Autonomie. Wahr an dieser schneidigen Phrasologie des Ministers ist nur das eine, daß die Verwaltungsreform nach dem Rezept des Kramar der Hauptpreis für die slowakische Alerikalen war, denen man die Slowakei anliedert. In Karpathorussland wird, den geheimnißvollen Andeutungen nach zu schließen, eine Art Absolutismus eingeführt, der sich natürlich „organisch einbauen läßt“, wie ja auch der selbige § 14 organisch in die österreichische Verfassung einbauen war.

Und ein „wohlinformiertes“ bürgerliches Blatt, das ebendrei in alten Oesterreich gegen die Tschechen Regierungspolitik gemacht hat, besorgt die Kolportage dieses Propaganda-schwunders im Ausland! Dann versichert Sodža, was man längst von Spina und Mahr-Beichling wiß, daß die Deutschen bedingungslos in die Regierung eingetreten sind, daß man keinen Pakt abschließen konnte, da sich das Programm nicht in „harre Paragraphen“ gießen ließ. Freilich die Wohlensunfahrscheine kann man schließlich doch nicht zum Gegenstand eines nationalen Ausgleichsgeschäftes machen! Auf die „geistige Einstellung“ sei es angekommen. Nun die war allerdings bei tschechischen und deutschen Jöllnern und Kongruisten reif für den Bürgerblut. Und weiter-versichert Sodža:

„Wir wollen dem deutschen Minister und dem deutschen Beamten den gleichen Einfluß geben wie dem, der sich zum tschechischen und slowakischen Bolke bekennet. So wird am besten der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung der Deutschen in der tschechoslowakischen Republik Rechnung getragen. Dieses Prinzip entspricht durchaus der nationalen Struktur des Staates und der Stärke seiner Minoritäten. Es läßt sich allerdings nicht auf jeden Staat übertragen, der Minoritäten besitzt.“

Das ist keine Kunst mehr, nachdem man die deutschen Beamten bis auf spärliche Reste abgebaut und den Abbau unter der glorreichen Regierung des nationalen Ausgleichs fortgesetzt hat. Und was das gleiche Recht der Minister anlangt, so dürfen sie mit den tschechischen Kollegen das Recht gemeinsam haben, Auto zu fahren, Entführung zu veranlassen, tschechisch zu reden oder zu schweigen und — vor Svehla zu lachen. Wird noch gesagt, daß Kramar dem nationalen Ausgleich keine Schwierigkeiten machte. Wie denn auch? So ein Kamperl, der Kramar. Und dann kommt folgender Auftrag an die Völker Europas:

„Das Verhältnis der nationalen Minderheit zur nationalen Mehrheit und umgekehrt, wie es bei uns im Verlaufe des letzten Jahres praktisch geregelt wurde, wird sicherlich auf die europäische Minoritätspolitik nicht ohne Einfluß bleiben. Wir beharren auf unserem System der Minoritäts-politik in dem Bewußtsein, daß ohne eine entgegenkommende gerechte Nationalitätenpolitik die friedliche Entwicklung Mitteleuropas sehr ernstlichen Störungen ausgesetzt wäre.“

Vornach einem Europa nur Leid tun könnte, wenn es tatsächlich dem Beispiele der Tschechoslowakei folgte. Vorbüufig sind wir allein die Glücklichen, die eine „gerechte Nationalitäts-politik“ lernen können. Und wir können froh sein, daß es diesmal ein Tscheche ist, der uns glücklich preist und nicht einer der deutschen Minister, denen Wort für Wort das Interview auch zuzutrauen wäre.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 8. Juni.

Table with 3 columns: Currency, Gold, Silver. Lists various currencies like Holländische Gulden, Reichsmark, etc.

schlecht verdunstet, ständig in einem nassen Dunst- umschlag eingewickelt ist und so herumhängt.

Was wäre also schon dabei, wenn auch die Männer ihre veraltete Sommerkleidung moder- nisieren wollten? Wenn sie ihre Hüftbeinband- eln öffnen wollten, um sie nie wieder zu schließen, wenn sie ihre Unterhosen überhaupt wenigstens in Reichehöhe abschneiden und auf den Rest verzichten wollten? Wenn sie ihre steifen Strümpfe, und gar Manschetten und Westen einer guten Ventilation zum Opfer brächten?

Und was wäre endlich schon gar dabei — aber nun denkt alle fest daran, daß ihr Menschen un- sere Zeit lieb —, was wäre das schon für ein Un- glück, wenn die Männer im Sommer — ohne Rod gingen? Einfach in einem reinen, reinen Hemd, das — erschrickt nicht, ihr Frauen — nicht ver- schämt sein müßte, weil es doch ein festes, ein hübsches Hüftbeinband Hemd sein könnte, das nicht unter einem Rod getragen und daher durchnäht würde?

Was wäre dabei? Gesund, bequem, angenehm wäre es und sogar hübsch, wenn man nette Sommer- hemden und zu der Höhe einen Gürtel tragen würde. Nichts wäre dabei. Man kann damit ruhig be- ginnen (natürlich, wenn's Hefz ist).

Die Glieder des Toten ragen aus der Erde. In Oedenburg wurde vor einiger Zeit die 23jährige

Volkswirtschaft.

Aus der Werkstatt der sozialpolitischen Reaktion.

Die Agrarier rufen nach der Wiedereinführung des Arbeitsbuches.

Das in Zaag erscheinende agrarische Organ „Seimat“ hat, so entnehmen wir dem „Land- und Forstarbeiter“, in einer seiner letzten Nummern in einer verlogenen und gehässigen Notiz den wahren Gefühlen der Großagrarien Ausdruck verliehen, und zwar in einer Notiz, in welcher die Wieder- einföhrung der Arbeitsbücher verlangt wird.

Von welchem Geiste die agrarischen Herr- schaften befeuert sind, wie sie es insbesondere mit den Landarbeitern meinen, geht aus der Notiz klar hervor. Wie sie insbesondere die Arbeiter- schaft mit dem Verbrechertum in Verbindung bringen, wird manchen Arbeiter und manche Arbeiterin mit Empörung erfüllen.

Wir wollen die Notiz, aus der so recht der Geist der Brutalität und Niedertracht spricht, wörtlich bringen.

Die Notiz lautet:

Die Wiedereinföhrung des abgeschafften Dienst- botes oder auch Arbeitsbuches muß entschieden verlangt werden. Besonders in der Landwirtschaft ist dies geradezu unerlässlich und wäre es ange- raten, wenn jeder Landwirt, der fremde, unbekannte Leute aufnimmt, zumindest immer ein Kennzeich- nungsbogen von der Heimatsgemeinde oberlangt. Die rote Welle, die nach dem Zusammenbruch auch das Sudetengebiet vorübergehend überflutete, hat uns die Grundfragen weggespült, auf Grund deren der Dienstgeber Anhaltspunkte besaß, über die Befähigung und den Willen des Dienstnehmers Schlüsse zu ziehen. Heute muß der Dienstgeber völlig im Dunkeln tappen und jederzeit größte Gefahr laufen, die beruhtlichsten, gefährlichsten und sub- jektive ins Haus zu bekommen, denn er erfährt aus dem mitgebrachten Heimatschein gar nichts über die bisherige Beschäftigung, über die Aus- dauer auf einem Dienstplatze. Er weiß nie, ob er es nicht mit einem gefährlichen Ein- brecher zu tun hat, der ihn in der nächsten Nacht ausplündernd und spurlos ver- schwindet. Wer kann denn auf Dienstverträge heutzutage fragen? Die braven Dienstleute werden die Wiedereinföhrung des Dienstbotes gewiß begrüßen, weil darinnen bloß ihr Lob über lang- jährige gute Dienste angemerkt sein wird — die schlimmen Parvone, die ständig auf der Walze leben und noch niemandem genügt, aber zwischen schweren Schäden gestiftet haben, werden genötigt sein, sich zu bessern, denn es wird sich nicht gleich jemand mit ihnen einlassen.

Der aufständische Arbeitgeber hat aufständische Arbeiter. Er braucht sich durchaus nicht mit be- rechtigten, gefährlichen Subjekten und gefährlichen Einbrechern oder mit Leuten, die ständig auf der Walze sind, einlassen. Die Notiz zeigt so recht die niedrige Art, in welcher die Großagrarien über ihre Arbeiterschaft urteilen, sie ist von Anfang bis zum Ende eine Beschimpfung der gesamten Land- arbeiterschaft.

Marktpreise für die Verrechnung des Ge- treides der landwirtschaftlichen Arbeiter/chaft Bö- hmens im Juni 1927. Vom Landesarbeitsamt in Prag wird amtlich veröffentlicht: Die Durchschnitts- preise auf der Prager Produktensbörsen im Monate Mai 1927 betragen bei Weizen 253 Kronen beim Korn 233 Kronen, bei der Gerste 189 Kronen. Am Zinn: des Paragraf 7, III, 2. Abs., der „Richtlinien“ sind diese Preise als maßgebend für den Monat Juni 1927 für die Verrechnung des Vertragsgetreides beim Abverkaufe oder Melinieren dochselbst zu betrachten, sofern der Marktpreis als Grundlage diene. Der Vorstand: Kominek m. p.

In der internationalen Arbeitskonferenz riefte gestern der Generalsekretär des belgischen Gewerkschaftsbundes, Genosse Mertens, einen Mahnruf an die Unternehmer- und Regierungs- gruppe, in dem er auf die in vielen Ländern zu beobachtende Verschleppung der Ratifizierung der von der Arbeitergruppe aufgestellten Arbeitskon-

ventionen hinwies und von einer „heimlichen Ob- struktion“ sprach, die die Arbeitergruppe immer mehr gewahrt werde. Das müsse ein Ende haben. Die Arbeitergruppe müsse wissen, ob es für sie überhaupt noch einen Zweck habe, zur Arbeits- konferenz zu erscheinen oder ob es für sie nicht besser sei, mit eigenen Mitteln zu kämpfen, um durch eigene Kraft ihre Forderungen durchzusetzen. Prager Produktensbörsen. (Offizieller Schau- bericht vom 7. Juni.) Mit Rücksicht auf die vorangegangenen Feiertage war der Besuch an der heutigen Produktensbörsen gegenüber dem gewohnten Dienstagsdurchschnitt schwächer. Das Geschäft am Getreidemarkte war aus diesem Grunde minimal bei eher flauerer Preisen, wobei auch die Tendenz der Auslandsgetreidemarkte bestimmend mitwirkte. In Reggen zeigte sich eine Preisabschwächung um 2-3 Kronen, in Hafer eine solche um 2 K. Die Weizen- und Gerstennotierungen blieben unverändert. Am Mehlmarkt verbilligte sich bloß Roggenmehl leicht um 3 K. Anleihen wurde auf allen übrigen Marktgebieten bei unveränderten Preisen gehandelt. Amerikanisches Getreide bezeichnet einen weiteren Rück- gang um 20 K. — Es notierten in K: Böhmen, Weizen, 74-77 Kilo, Praga 254-260, böhm. Roggen, 67-69 Kilo, Praga 233-237, Prima Gerste, Praga 190-195, Merkantilgerste, Praga 175-180, böhm. Hafer, Praga 202-206, Mais, jugoslawischer, Praga- slava 142-144, rumänischer, Steinfortna, Oberberg 138-140, La Plata, Tscheden 148-152, Weizenmehl OSS 395-400, Weizenmehl O 375-385, Weizen- brotmehl Nr. 4 310-320, ungar. Grobmehl, Szob 385-400, amerik. Patentmehl, Tscheden 385-400, Weizenmehl 410-415, Roggenmehl 342-347, Reggenfuttermehl 165-170, Reis, Burma II, Tscheden 280-285, Mousmain, Tscheden 365-370, Buchweizen, Tscheden 240-270, Hirse 325-340, Erbsen, grüne 450-500, gelbe 270-300, Viktoria 450-500, Linsen 320-420, Weißbohnen 140-170, Bohnen 190-210, Sommerweizen 170-190, Winterweizen 500 bis 600, Zeus 450-500, böhm. Weizen, Man 775 bis 800, Leinwand 300-350, Stämmel, böhmischer 600 bis 625, holländischer 650-700, Eikartoffeln, Ver- labestation, Wollmann 55-58, Weizenkleie 130-135, Roggenkleie 135-138, Rapskuchen 145-170, Lein- kuchen 175-180, Maltzblüte 110-115, Senf, böhm., juner, ungepöckelt, Praga 52-55, küß, ungepöckelt, Praga 61-67, juner, gepöckelt, Praga 57-60, küß, gepöckelt, Praga 60-72, Roggenstroh in Bündeln, ungepöckelt, Praga 53-55, Futterstroh, gepöckelt, Praga 38-40, ungepöckelt, Praga 31-36, amerik. Gett, Tscheden 1299 bis 1390, Eier, tschech., böhm. und mährische 24-26, holländische 22-24.

Gerichtssaal.

Er erschlug seine Frau.

Prag, 8. Juni. In später Abendstunde wurde gestern das Urteil über den Ausländer Jindrich Kerpel, der seine Frau durch einen Stein tödlich verunglückte hatte, verkündet, nachdem die Gerichts- ärzte ihr Gutachten über den Mann abgegeben hatten, daß er wohl geistig minderwertig, doch zurechnungs- fähig sei. Die Geschworenen verneinten die Schuld- frage auf Mord, bejahten die Unvorsatzfrage auf Tot- schlag mit 11 Stimmen, woraufhin der Gerichtshof Kerpel zu neun Jahren schweren Kerkers verurteilte. Der Verurteilte nahm das Urteil vollständig gleich- gültig entgegen.

Eine unredliche Kontoristin.

Prag, 8. Juni. Bei dem Möbelfabrikanten Vaclav Jirasso in Prag war die 1899 geborene Mathilde M. als Kontoristin tätig, ein Mädchen, das bisher noch nicht verheiratet war. Sie hatte für ihren Chef bei verschiedenen Firmen Geld eingekassiert und letztens 25.270 K für sich behalten. Dann beging sie einen weiteren Betrug, indem sie sich ein Einlagebuch bei der Prager Städtischen Sparkasse nahm und die Einlage von 100 K auf 100.000 K forsierte. Dieser Schwindel war aber so blump, daß der Beamte, der ihr Konto nachsah, sofort darauf kam. Sie wurde verhaftet, war aber nur drei Tage in Untersuchungshaft. Heute redete sie sich vor dem Senate unter dem Voritze des OVR

Redde aus, daß sie gegenüber der Sparkasse keine Betrugsabsicht hatte, sondern nur ihrem Bräutigam dieses Buchel gezeigt, um ihm eine Mitgift vorzu- täuschen, also auch keineswegs ein besonders schöner Charakterzug dieser jungen Dame gegenüber dem jungen Manne, von dem sie eine Heirat erwartete. Das Gericht erkannte sie nur im Falle Jirasso der Veruntreuung laut § 183 und 184 des Z.-G.-B. für schuldig und verurteilte sie zu sechs Monaten schweren Kerkers unbedingt. Sie nahm die Strafe an.

Turnen und Sport.

Arbeiter-sport. Fußball.

England gegen Oesterreich 2 : 1 (1 : 1)

Der österreichische Arbeiterfußballverband, der mit dem Engagement der englischen Amateuraus- wahlmannschaft wieder einmal den Beweis erbracht hat, daß er sein noch so großes Risiko scheut, wenn er der Arbeiter-sportbewegung dienen kann, hatte mit der sonntägigen Veranstaltung großes Pech. Die schlechte Witterung hatte zur Folge, daß kaum 5000 Gäste die Höhe Wart in Wien besuchten. Die Engländer erfüllten alle die in sie gesetzten Erwartungen. Trotz der langen, ermüdenden Reise führ- ten sie ein hochklassiges, nussigen schnelles Spiel vor, an dem man bereits in der ersten Minute die eng- lische Schule erkannte. Oesterreich hatte seine besten Leute zur Stelle, von denen man erhoffte, daß sie den Engländern einen ebenbürtigen Gegner abgeben werden. Die Oesterreicher haben jedenfalls noch nie so schön gespielt wie Sonntag auf der Höhe Wart. Sie bekundeten sogar während der ganzen Spielzeit eine leichte Ueberlegenheit, die mitunter zu einer regelrechten Blockade des Gegners führte. Ständig war das feindliche Tor in Gefahr. Vor die- sem standen aber zwei Verteidiger, deren Arbeit ein- fach wunderbar war. Im Verein mit dem lang- sickeren Formann leisteten sie schier unerschöpf- liches im Herdort der selten aussetzenden Angriffe der gegnerischen Sturmreihe. Wenig, besser gesagt, nichts zu lachen hatten die Halbes, die überausig Beschäftigung fanden. Der Sturm, der im linken Flügelpaar seine Ägisten und auch besten Leute hatte, forcierte ein einfaches, ganz auf Schnelligkeit und Zweckmäßigkeit aufgebautes Angriffsspiel, und so bildeten die wenigen, aber flinken Vorstöße eine stete Gefahr für das österreichische Tor. Die Oesterreicher besaßen in Weidisch einen etwas unsicheren Torhüter. In der Verteidigung bot Reitenwälder eine überaus sichere und solide Leistung. Ueber alles Lob erhaben war die Halbesreihe. Jetzt im Zentrum bewies auch diesmal wieder, daß er ein tüchtiger Angriffsführer ist. Vergebens waren die rasanten Läufe der beiden Außenstürmer, vergebens die von den Halbes schön servierten Bälle, was nicht verschossen oder gehalten wurde, wurde eine Bente der beiden englischen Pods. Die Tore erzielten: in der 6. Minute Champion (1:0 für England); 44. Minute nach vorzüglicher Kombination durch Janadil und die Oesterreicher haben den Ausgleich erzielt (1:1); nach der Pause gleich zu Beginn eine Ecke, aus der Champion mit Kopfstoß den führenden Treffer für England erreichte (2:1). Schiedsrichter Prüggenmann (Vielefeld), der den spannenden Kampf vorbildlich und mit großer Umsicht leitete.

Das Vorpisiel.

Zweite gegen dritte Klasse 2 : 1 (1 : 0).

Die Auswahlmannschaften der zweiten und drit- ten Klasse, die das dem Vändermatch vorangegangene Vorpisiel bestritten, wußten durch ihre gefällige und muster-gültige faire Spielweise sehr zu gefallen. Eine angenehme Ueberbahrung war das flache, weit- mössige Spiel, das beide Parteien fast die ganze Spielzeit hindurch pflegten. Das Team der zweiten Klasse war wohl dem der dritten in vieler Hinsicht überlegen, vor allem in Technik und in der Ball- führung, doch verstanden es die Unterlegenen, durch ihre Agilität, das Treffen ständig offen zu halten. Glänzend antierte Schiedsrichter Bunyan (England); er fand übrigens nur selten Anlaß zu pfeifen.

Die Leichtathletikbewerbe.

Die rührigen Arbeiter-Leichtathleten führten weit mehr Konkurrenzen durch, als beabsichtigt war. Nachstehend die genauen Ergebnisse: 4x100 Meter für Sportler: 1. Straßenbahn 49.1, 2. Sturm 14 49.2, 3. Turnverein 16 (Sonderreihe zurück). — 4x100 Meter für Sportlerinnen: 1. Schwimmverein 58.4, 2. Turnverein 16 59.3. — 60 Meter für Sportler: 1. Soklan 7.4, 2. Sturm 14 7.5, 3. Straßenbahn 7.8. — Olympische Staffel für Sportlerinnen: 1. Turn- verein 16 58, 2. Schwimmverein 59.09. — 10x100 Meter für Sportler: 1. Schwimmverein 2:05.8, 2. Straßenbahn 2:07. — Zweifelsstapel für Sport- ler: 1. Sturm 14 und Soklan komb. 2:11.3, 2. Schwimmverein 2:12.2, 3. Straßenbahn 2:13.

Die Engländer fliegen auch in Graz 2 : 1.

Auch ihr zweites Match auf österreichischen Boden gewannen die Engländer mit dem gleichen Resultat: 2 : 1 (1 : 0). Das ursprünglich für Wiener- Neustadt gedachte Spiel kam Montag in Graz gegen eine Städtemannschaft zum Austrag. Die Grazer wehrten sich brillant und waren nicht viel schlechter als das Wiener Team vom Tag vorher. Am Bahn- hof in Graz waren die Gäste von 10.000 Menschen begrüßt worden, auf dem Sportplatz fanden sich etwa 3000 ein. Die Engländer erlangten durch Zupp die Führung und vergrößerten nach der Pause durch ein Eigentor der Grazer ihren Vorsprung. Bald dar- auf erzielte Graz den Ehrentreffer. Schiedsrichter Feuz (Graz).

Kleine Chronik.

Was wäre schon dabei?

No, überlegen wir es uns wirklich einmal ernst- lich, was wäre schon dabei, wenn nun auch die Männer sich einmal zu einer vernünftigen Sommerkleidung entschließen wollten? Wenn wir, die wir uns auf unsere überlegene Vernunft so viel einbilden, den Frauen in ihrer fortschrittlichen Bekleidungs hygiene endlich nachhumpeln würden?

Hygiene der Kleidung — das heißt im Sommer: Eine Kleidung, die von der Sonne, der Quelle aller Kraft und Gesundheit, möglichst viel an den greifbarsten heruntergekommene Körper heranläßt und außerdem der Wärmeabgabe, der Schweißverdunstung, möglichst geringe Hin- dernisse in den Weg legt.

Für den Stoffwechsel, den Kreislauf und die Atmung, besonders für die „Santarmung“, die für unseren Organismus von großer Bedeutung ist, kommt es sehr darauf an, daß die Berührung un- sere Haut mit der Luft der Außenwelt eine möglichst tunige sei. Die Haut braucht Licht und Luft, um gut zu gedeihen. Wenn es ihr daran nicht mangelt, dann hilft sie den Lungen kräftig mit bei der Atmung, dann wird sie für den Körper ein wirksames Schutz- gegen Erkältungen. Es ist erwiesen, daß die Fleischhülle der Mädchen, daß die Erkältungs- krankheiten der Frauen viel seltener geworden sind, seit die Frauen ihren Körper, den sie einstmals in schilbeingebrannte Nieder-, nie endenwollende hohe Schuhe, ebensolche Korsettchen und langärmelige, hochgeschlossene Kleider gepöckelt haben, von dieser unangenehm, ungehindert, ungesunden Belastung befreit haben.

Nun wiegt die Kleidung der Frauen mitamt den leichten Schufern ein paar Kilogramm, und überall hat die Luft Zutritt, der ausgeglichene Dunst einen bequemen Ausweg. Die Männerkleidung — aber die Männerkleidung! Die wiegt schon ein paar Kilogramm, und macht aus dem unglücklichen Bear- schen einen alleits hermetisch abgeschlossenen Dampf- behälter, wobei die Dampfspannung mit zunehmender Temperatur längstgehende Grade annimmt. Dieser wunderbarsten Thermophor ist natürlich sehr verpöbnt, und wenn den stets übererwärmten Körper doch ein- mal ein Luftzug trifft — dann hat er schon den Schnupfen. Und dies sogar sehr häufig gerade im Sommer, wodurch der Mann, dessen Schwitz- ha-



Kommen auch Sie zu uns!

Das ganze Jahr hindurch ist die Besichtigung der Ceres-Werke in Aussig für jedermann frei. Jeder kann sich überzeugen, wie sauber und appetitlich die ganze Fabrikation ist; Ceres-Speisefett ist absolut rein, von keiner Hand berührt!

Täglich besichtigen hunderte Ausflügler, Schüler, usw. unsere Fabriken. Wir stehen also ständig unter der Kontrolle der Öffentlichkeit.

Kommen auch Sie zu uns, um sich zu überzeugen, daß wir Recht haben, wenn wir behaupten, von allen Speisefetten ist

Ceres das appetitlichste!

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Seite, Donnerstag, den 9. Juni 1927, um 8 Uhr abds., im Gewerkschaftshaus in Prager I. Perstyn, kleiner Zentralsaal.

Verammlung

mit Referat der Genossin Abgeordneter Janny Blatny-Karlsbad über Fragen der Zeit.

Genossinnen und Genossen! Kommet alle in diese Versammlung, die gleichzeitig eine neuerliche Protestkundgebung gegen die nunmehr im Parla- mente zur Verhandlung kommende Verwaltungsreform sein soll.

Am Fronleichnamstage, d. i. Donnerstag, den 16. Juni, veranstalten wir einen

Kinderausflug durch Feld, Wiese und Wald

bei dem wir die Teilnahme aller Genossen und Genossinnen erwarten, die Kinder haben. Abfahrt Prag Mat. B. 13.10 (Sieben horni nadr. 13.24), an Dolni Boernice 13.31. Fahrpreis Prag—Boernice 2.80 Kronen, Kinder die Hälfte. Bade- gelegenheit! Für Unterhaltung wird gesorgt! Früh- ung: Gen. Strnad. Zurück ab Boehovice 18.53 oder 20.27, an Prag Mat. B. 19.25, beziehungs- weise 20.55. Fahrpreis Boehovice—Prag 3.40 K. Kinder die Hälfte.

Genossinnen und Genossen!

Vom 15. bis 22. Juni sind die ständigen Wählerlisten aufgelegt. Es ist diesmal besonders wichtig, daß jeder Genosse und jede Genossin sich darum kümmert, in das Wählerverzeichnis auf- genommen zu werden. Wer im Wählerver- zeichnis nicht enthalten ist, wird an- fänglich der Gemeindegewählten im Herbst nicht wählen können!

Auskünfte erteilt die Deutsche sozial- demokratische Bezirksorganisation Prag II, Refazanka 18.

Deutschland gegen Belgien.

Beide Spiele verloren. — In Antwerpen 2:3, gegen Pragant 2:4. — In beiden Spielen Belgien überlegen.

Die noch für vorläufiger Auswahl aufgestellte bel- gische Mannschaft war der deutschen entwandert überlegen. Sie war bedeutend schneller, leitete im Abdecken vorzügliches und zeigte ein prächtiges Kopf- spiel. Die deutsche Kaufleute versagte, die Stür- merreihe zeigte kein Zusammenwirken. Trotz Umstel- lung nach Zeitverwechsel wurden die Leistungen nicht besser. Die Tore für Deutschland fielen durch Ef- merier.

Die Sachsenmannschaft schlägt Odejsa 3:1.

Die sächsische Mannschaft führte ein glänzendes Spiel vor und gewann vor 9000 Zuschauern verdient. — Bisher erzielte die Sachsenmannschaft in Rußland zwei Siege und erlitt drei Niederlagen.

Wingt sie unserer Arbeiter- Fußballer.

Weichheit Weiskirchlich in Jena gegen Wader 2:3 (1:0), gespielt am Sonntag.

Weichheit Weiskirchlich in Weida gegen Sport- verein 5:0 (2:0), gespielt am Sonntag.

Krabau gegen Freie Turner Weissen (Sachsen) 1:4; am Montag.

Viktoria Zudmantel gegen Sobrusan 5:4 (1:3), gespielt am Sonntag in Sobrusan.

Leichtathletik.

Quer durch Chemnitz. Die Arbeiterportler von Chemnitz veranstalteten am Sonntag eine große Verbestaffel, an der sich dreißig Mannschaften mit rund 500 Teilnehmern beteiligten. Im vergangenen Jahr, wo die Stafel zum erstenmal gelaufen wurde, nahmen erst 17 Mannschaften teil. Das Ergebnis in den drei Klassen über die Strecke von 13 Kilometer war folgendes: Klasse A: 1. Neulirchen 41:43.1 Min., 2. Freie Turnvereini- gung (3. Abt.) 42:38 Min. — Klasse B: 1. Neu- dammer 43:20 Min., 2. Markersdorf 43:28 Min. — Klasse C: 1. Fußballer („Vorwärts“-Chemnitz) 45:23.4 Min.



„Naturfreunde“, Prag. Son- tag, den 12. Juni.

Abfahrt 6.54 Uhr Denis-Bahnhof nach Meßitz, Wanderung nach Brandeis, Alt- Wenzlau, Storkow, längs der Her- bis Cetafowice. Wählgänge Wandern. Fahrpreis 9 K. Führt Strnad. — Nächster Vereins- abend am Mittwoch, den 15. Juni, im Theater- garten. — Am Donnerstag, den 16. Juni, findet ein Kinderausflug statt, zu welchem alle Naturfreunde eingeladen sind. Abfahrt Matyrl- Bahnhof 13.10 Uhr nach Dolni-Boernice. Führer Strnad.

Der Film.

Spitzen (Der Eid des Fürsten Ulrich) nach dem Roman von Paul Lindau, inszeniert von Holger Madsen. Die weitestgehende Jasei, die sich in der Ausmalung unbedeutender Szenen gefüllt, stellt als Hauptattraktion einen Diebstahl auf, bei dem auch wertvolle Spitzen gestohlen werden und wodurch infolge der Verleitung von eigen- artigen Umständen auch die Untreue einer Dame der Gesellschaft auskommt, die nun ihre Sorge als Anlag nimmt, den Nebenbuhler glatt über den Haufen zu schmeißen. Solche Romane standen vor vielen Jahren in der Gunst des Publikums — heute wirken sie schal und einseitig, ganz abgesehen von dem abscheulich widerlichen Milieu der oberen Zeh- ntausend. Wenn es auch klar ist, daß die Leute unbed-ingt Millionäre sein müssen, die sich in dergleichen Filmen und Romanen herumtummeln, weil ein normal be- schäftigter Mensch sein Leben lang nie auf ähnliche Dummheiten und Ueberlässigkeiten verfallen könnte, wollen wir damit doch nicht die Dofeloberzeichnung ähnlichen Risikos verteidigen. Unnatürlich ist alles in allen diesen Filmen: eine jähliche Limonade, in der Papiergestalten, nie aber wahrhaft lebende Wesen auftreten. Das Föns als Gatte ist gut, Elisabeth Finajeff eine antwidernde Figur, die nicht spielt, sondern bloß Fragen schneidet. Gut das Liebes- paar von Evelyn Holt und Egon Jordan. In einer Episodenrolle ist auch der dieser Tage verstor- bene Charakterdarsteller Heinrich Pezer zu sehen. Der Film ist eine ihe, langweilige Angelegenheit, die weiter keine Beachtung verdient, trotzdem sie technisch gut gebracht ist.

Argus.

„Abgründe“, vor Jahren ein Asta Nielsen- Film, der großen Erfolg gehabt hat, soll in der nächsten Saison unter der Regie von Bruno Ra- hnu neu inszeniert werden. Die Hauptrolle soll wieder Asta Nielsen innehaben.

Kunst und Geschäft. Charles Willy Kayser, der bekannte Filmschauspieler, hat in Berlin ein Lichtspieltheater angekauft und ist somit nun glück- licher Besitzer von drei Kinos in Berlin.

Die fünf Frankfurter, das erfolgreiche Bühnen- Lustspiel, das vor Jahren schon einmal verfilmt worden ist, wurde neuerdings von der Universal zur Verfilmung erworben. Die Regie soll Paul Peni führen.

Herausgeber: Dr. Ludwig E. z. h. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs- und Anzeigen-Gesellschaft in Prag für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag.

Kunst und Wissen.

Prager Konzertsaal.

Allmählich wird es still in den Prager Konzertsälen; denn der goldene Sonnenschein und das Blüten in der Natur locken die Menschen mehr, als noch so schöne Konzerte. Nur wenig künstlerisch be- merkenswertes hat sich in den Prager Konzertsälen seit unserem letzten Besuche vor drei Wochen er- eignet. Vorzüglich zwei Konzerte der Sän- gervereinigung der mährischen Lehrer, die als Gedenktage des zehnten Jahrestages der Schlacht bei Zborow gedacht waren und daher durch- weg kriegerische und auf den Krieg und seine Graus- amkeit bezughabende Ehre im Programm ent- hielten, bieten hochwertige künstlerische Leistungen und bestätigten aufs neue, daß dieser Sängerkhor in der virtuosen Technik seiner Gesangsart, in der dynamischen und rhythmischen Abstufung seines Vortrages und in der ganz außerordentlichen Diszi- pliniertheit seiner Sänger der gegenwärtig voll- kommenste unter allen tschechischen Männerchören ist, was um so mehr bedeuten will, als sich unter diesen Männerchören von international anerkannter Tüch- tigkeit befinden. In der kriegerischen Vortrags- ordnung der mährischen Lehrer, die dem Zborower Gedenktag nicht als nationales, kriegerisches Er- eignis, sondern als trauriges, schreckliches Ge- schichten huldigen, waren vorwiegend moderne tsche- chische Tonsetzer vertreten: J. B. Foerster, Krmann, Komalka, Janacek, Karel u. a. m. — Ebenso be- lehrend wie im höchsten Maße interessant war ein Abend wehrussischer Lieder, der der bestdenken und auch bereits im Auslande geschätzte Prager Vokale-Kinderchor gab. Diese Kinder in echter, ungezwungener Musizierfreudigkeit singen zu hören und dabei festzustellen, wie ihnen ihr Singen spielend zur beachtenswerten, dynamisch und rhythmisch, insbesondere aber in der Intonation vorbildlich ausgeprägten Gesangsart geworden ist, bereitet dem Hörer eben so viel Freude wie Genug- tunung. Das reiche Programm dieser alle Herzen im Auge gewinnenden Andersfänger enthielt in fünf Abteilungen wehrussische Volkslieder verschiedener, auf Liebe, Familienleben, Humor und Alltag bezughabenden Inhalts. Den ausgezeichneten einleitenden Vortrag bei diesem Konzert hielt der tschechische Musikgelehrte Prof. Jendo Rójecký, während die dazu gehörigen Gesangsbeispiele Frau Djašenka, eine nicht nur durch große und schöne, sondern auch von Wärme und Befehlichkeit ge- tragene Stimmigkeit ausgezeichnete tschechische Mezzosoprantin sang. — Der Prager deut- sch-lit. literarisch-künstlerische Verein, der schon im vorigen Jahre den Prager Tonsetzern ein eigenes Konzert gewidmet hatte, gab auch heuer einen Abend Prager Komponisten, dessen künstlerische Ausführung in den Händen des Prager Koral-Frank-Quartetts der Herren Koral, Stila, Klabil und Frank lag. Zur Aufführung gelangten: Ein durch Klangprägnanz aus- gezeichnetes Quartett von dem Jeninsty- Schüler Hans Krása, ein sehr schön gediegenes und formal ebenso schön wie wirkungsvoll aufge- baute. Divertimento für Violine, Bratsche und Cello von dem tschechischen Tonsetzer K. B. Koral, eine bizarr und eigenwillige, mehr zum Widerspruch reizende als wirkungsvolle Sonate für unbegleitete Cello von dem Kompositionslehrer der Prager deut- schen Musikakademie Fidelio Fintke und ein inven- tionsreiches, rhythmisch frisches und in der Form ganz außerordentlich konzentriertes und liebevoll gearbeitetes dreifachiges Streichquartett von dem Schönberg-Schüler und Kapellmeister des Prager deutschen Theaters Viktor Ullmann. — Die deutsche Musikakademie hatte in der Ver- richtszeit zwei ihrer vorbildlichen und pädagogisch wertvollen öffentlichen Musikabende ver- anstaltet. Bei dem ersten kamen die reiferen Talente der Normalklassen für Klavier, Gesang, Klarinette und Orgel zum Gehör, um Proben ihres Könnens abzulegen und damit auch Beweise von der er- folgreichen künstlerischen Arbeit ihrer Anstalt zu liefern, während der zweite den Absolventen der Klavier-Meisterklasse Prof. Conrad An-

sorges gehörte. Infolge stellte uns diesmal drei Damen (Gertrude Sutter, Hilde Färber und Hilde Liebl) und einen männlichen Kandidaten (Emil Kade) vor. Teilweise kennt man die pianisti- schen Fähigkeiten dieser Meister Schüler bereits von früheren Veranstaltungen der Musikakademie, als sie hier noch ihre Normalausbildung genossen. Ansgores Meisterunterricht äußerte sich bei seinen Lieblings- schülern auch heuer wieder in erster Linie hinsichtlich der Phrasierung und geistigen Durchdringung im Klaviervortrage; denn in technischer Hinsicht vermag es auch der beste Meister Schüler nicht, in der kurzen Zeit eines einjährigen Kurses bestimmend auf seine Schüler abzufärben. Auffallend war nur, wenigstens bei den Damen, der Mangel an Akkordierung im Anschlage sowie der Mangel an Sinn für technische Sauberkeit und rhythmische Festigkeit. — Eine hoch- erfreuliche Künstlerbekanntheit durfte man in einem Klavierabend erneuern, den der sudetendeutsche Pianist Josef Langer gab. Allzu lange hat dieser inbrünstige und in seiner Kunst ganz auf- gehende Künstler die Prager Konzertsäle gemieden. In Bachs „Chromatischer Phantasie und Fuge“, in einer Mozarts-Sonate, vor allem aber in Beet- hovens mittelmäßigem Ausdruckskraft gespielten „Walstein“-Sonate imponierte Langer auch diesmal wieder durch die kraftvoll-männliche Note seines Klaviertones, durch stupende Technik, hervor- ragende Musik in der Phrasierung und Schattier- reichtum im Vortrage. Als Neuheit für Prag spielte Langer die kürzlich erst im Verlage der Wiener Universaledition erschienenen „Zehn Kin- derstücke“ von dem Prager deutschen Lyriker Fidelio Fintke, Schumann verwandte, ungemein charakteristische und im Rhythmus wie in der Klang- kombination gleich fesselnde Klavier-Vortragsstücke, die allerdings nur dem Namen nach, nicht aber auch hinsichtlich ihrer klavietechnischen Anforderungen „Kinderstücke“ sind. Warum läßt sich unsere deutsche Musikakademie den Meisterpianisten Langer als Lehrkraft entgehen? Das durchwegs moderne System seiner Klavierkunst (Gewichtsspiel) und sein erfor- derliches pädagogisches Wirken in der sudetendeutschen Provinz, der Langer als armer Leute Kind ent- stammt, prädestinieren ihn zum Lehramt an dieser Musikbildungsinstitute. (9. J.)

Eine Ehrengang Franz Schalks. Aus Wien wird gemeldet: Unterrichtsminister Schmitz überreichte dem Direktor der Staatsoper, Franz Schalk, das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (174-2), 7 Uhr: „Alexandra.“ Freitag, 7 Uhr: „Fidelio.“ Samstag (175-2), 7 Uhr: „Mit-Heidelberg.“ Sonntag (176-4), 7 Uhr: „Alexandra.“ Montag (177-1), 7 Uhr: „Maskenball.“

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Konzerth“, Freitag: „Der gefällige Thier“, Samstag: „Die Wette“. Son- tag: „Die Wette“, Montag: „Die neuen Herren“.

Schriften zur Zeit.

Julius Deutsch, Wehr- macht und Sozialdemo- kratie, K 15. — Kurt Geyer, Führer und Mause in der Demokratie K 21. — Eduard Helmman, Die sittliche Idee des Klassenkampfes, K 16. — Volkabuchhandlung, KREMSER & Co. Topfplatz-Schönanu. Theresienstraße 29.

Sachen links! Das neue deutsche Bil- dungsblatt erscheint wöchentlich. Jede Nummer K 1.00. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Kremser & Co. Topfplatz-Schönanu, Theresienstraße 29.

Hühner- augen

Hornhaut besenigt in einigen Tagen nur VITEK'S „Anticornein“ Eine Flasche K 6.—. Zu haben in Apo- theken u. Drogerien. Allein echt von Fr. Vitek & Co., Prag II. Vodickova 33.